

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:
V/0222/2007
Auskunft erteilt: Herr Goerke
Ruf: 492 11 00
E-Mail: Goerke@stadt-muenster.de
Datum: 14.03.2007

Betrifft

Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0008/2007 "Bessere Leistungen für Kinder und Eltern durch Synergien - Für eine Optimierung der städtischen Verwaltung im Jugend- und Schulbereich"

Beratungsfolge

21.03.2007 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung bereits bei der Vorbereitung der Neuordnung der Dezernate mögliche Synergieeffekte entscheidungsrelevant berücksichtigt hat.
2. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung im Rahmen eines Projektes die inhaltlichen Aspekte des Antrages der SPD-Fraktion Nr. A-R/0008/2007 (Anlage) mit untersuchen wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, über das Ergebnis des Projektes im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien und im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zu berichten.
4. Mit der Umsetzung der Ziffern 1 – 3 ist der Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0008/2007 erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Durch die Sachentscheidung entstehen keine Kosten.

Begründung:

Die Firma Rödl & Partner weist in ihrem Abschlussbericht zur Haushaltskonsolidierung auf Schnittstellen in der Aufgabewahrnehmung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien und des Amtes für Schule und Weiterbildung hin. Konkret wird in der Konsolidierungsmaßnahme Nr. 24 vorgeschlagen, diese Schnittstellen zu untersuchen.

Der Oberbürgermeister hat das bereits in der Vorlage V/0802/2006 - Neugliederung der Dezernate - aufgegriffen. Im Rahmen der Umsetzung der Rödl-Vorschläge ist ein Projekt unter der Leitung des Dezernenten des Oberbürgermeisters unter Beteiligung der Beigeordneten IV und der Amtsleitungen zur Optimierung von Schnittstellen/Arbeitsabläufen im Schulamt/Jugendamt installiert. Nach der Zeitplanung wird das Projekt voraussichtlich Ende 2007 abgeschlossen. Die Verwaltung wird über die Ergebnisse berichten.

Im Übrigen hat der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Umsetzung des Rödl-Gutachtens die Maßnahme aufgegriffen.

In Vertretung

Dr. Heinrichs